

950000 Familien ohne Wohnung

Die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung" bezieht sich eine dieleibige Denkschrift des Reichsarbeitsministers Brauns, die dem Reichstag vorgelegt wurde. Eine Denkschrift, die ein blutiger Hohn der Bürgerblockregierung auf jene breiten Massen ist, die entweder ohne eigene Wohnung sind, oder in unerträglichen Wohnungsverhältnissen leben.

Die Denkschrift der Bürgerblockregierung fasst schamlos den Umfang der Wohnungsnot in Deutschland. Sie erklärt ganz einfach, daß in Deutschland ein Fehlbedarf von 600 000 Wohnungen und ein jährlicher Zuwachsbedarf bis zu 200 000 Wohnungen vorhanden ist. Sie hat die Sitten, das zu behaupten, nachdem sie selbst als das Ergebnis der letzten Wohnungszählung des Statistischen Reichsamtes vom 16. Mai 1927 die Tatsache angeführt hat, daß rund 950 000 Haushaltungen bzw. Familien in Deutschland ohne eigene Wohnung sind. Nun meint sie, daß die Nachfrage nach Wohnungen — angesichts der „gedrückten Einkommensverhältnisse großer Teile des deutschen Volkes“ — wie sie sich selbst verständig ausdrückt, und angesichts der hohen Mieten — geringer sei. Das heißt wohl die Dinge auf den Kopf stellen. Der Bedarf an Wohnungen ist weitaus größer, als nach dem zahlenmäßigen Ergebnis der Reichswohnungszählung, das gegen eine Million annimmt, zu urteilen wäre. Denn die Reichswohnungszählung hat die abbruchwürdigen und überfüllten Wohnungen, hat die ledigen Untermieter, hat alle die, welche wegen Wohnungslosigkeit keine Familie gründen, nicht berücksichtigt. Ginge man von der wirklichen Wohnungsnot aus, man käme zu einem Bleisäulen der Zahl. Max Bahr hat in der Vossischen Zeitung errechnet, daß derzeit etwa zwei Millionen Familien, also etwa acht Millionen Menschen, in Deutschland ohne eigene Wohnung sind. Selbst das „Preussische Statistische Landesamt“ kommt zu einem Fehlbedarf von 1 700 000 Wohnungen in Deutschland, davon 1 200 000 in Preußen allein. Die Fälligkeit des Reichsarbeitsministers wird an einem Beispiel recht ersichtlich: Die Reichswohnungszählung ergab für Berlin 112 857 Haushaltungen bzw. Familien ohne eigene Wohnung, während tatsächlich die Zahl eingetragener Wohnungsuchender etwa 240 000 betrug, also mehr als das Doppelte. Der Berliner Magistrat hat die Reichswohnungszählung benutzt, um kurzschand 120 000 Wohnungsbewerber zu streichen. Erst nach Einschreiten der Kommunisten im Rathaus wurde dieser Beschluß wenigstens teilweise wieder rückgängig gemacht.

Am fürchterlichsten sind die Verhältnisse in den Großstädten, wo selbst nach dem Statistischen Reichsamt an 468 000 Familien, also 1 870 000 Personen, ohne eigene Wohnung sind.

Wie sieht es nun angesichts dieser schreienden Wohnungsnot mit dem Wohnungsbau aus?

Infolge des Stillstandes des Wohnungsbaues während des Krieges kam es bereits zu einem Wohnungsausfall von mindestens 600 000, wenn nicht 700 000 Wohnungen. Dieser Wohnungsausfall hat sich seit Kriegsende weiter vermehrt. Folgendermaßen stellt sich die Neubautätigkeit seit Kriegsende dar:

Table with 2 columns: Zeitraum, Wohnungen. Rows: 1918/19 (56 714), 1920 (103 042), 1921 (134 223), 1922 (146 815), 1923 (118 333), 1924 (106 502), 1925 (178 030), 1926 (205 793)

Wie weit diese Ziffern heute hinter dem Bedarf an Wohnungen zurückstehen, zeigt die Tatsache, daß der Reichsarbeitsminister selbst zugeben muß, daß der jährliche Neubedarf an Wohnungen plus dem normalen Abgang von Wohnungen (wegen Abbruchs usw.) 250 000 beträgt, eine natürlich eher zu tief als zu hoch geschätzte Zahl. Danach hätten seit Kriegsende zwei Millionen neue Wohnungen erstellt werden müssen. In Wirklichkeit wurde etwas über die Hälfte dieser Zahl erfüllt! Daran allein kann man das Verjagen der Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden, der bürgerlichen und der sozialdemokratischen, auf dem Gebiete des Wohnungsbaues erkennen.

Aber diese Zahlen färben die Tatsachen in den Orten mit der größten Wohnungsnot noch viel zu rosa. Da ist zum Beispiel die impotente Zahl von etwa 205 793 neu erstellten Wohnungen im Jahre 1926. Doch wenn wir betrachten, wie sich diese Zahl verteilt, so sehen wir, daß auf die Großstädte, in denen allein die Hälfte aller Wohnungsbedürftigen zusammengedrängt ist, nicht einmal ein Drittel dieser Neubauwohnungen (62 781) entfallen. Während in den Großstädten der Durchschnitt an neuen Wohnungen auf je 1000 Einwohner im Jahre 1913 rund

4,3 betrug, beträgt er im letzten Jahrsjahr, dem günstigsten Wohnungsbaujahr, noch nicht einmal 3. Unter diesem Durchschnitt bleiben Städte, wie Berlin, München, Leipzig, Dresden, Breslau, Hannover, Chemnitz usw. Um es noch mit ein paar anderen Zahlen zu beleuchten: Im Jahre 1927 wurden in der letzten Bauzeit in den Groß- und Mittelstädten insgesamt gebaut im:

Table with 2 columns: Juli (8735), August (8140), September (8119)

Ein Tropfen auf einen heißen Stein! Dabei aber muß beachtet werden, daß der größte Teil der Neubauwohnungen für die Besiehenden gebaut wird und daß gerade die Hauptmasse der proletarischen Wohnungsbedürftigen leer ausgeht. Zum Beispiel haben wir errechnet, daß im September in Berlin für die Besiehenden 7009 Wohnräume, für die Proletarier (und auch da nur für die „zahlungsfähigen“ Oberlichter!) 1067 Wohnräume erstellt wurden. Also mehr als sechsmal so viel für die kleine Zahl der Reichen! So verhält es sich auch in den anderen Städten.

Man kann somit sagen, daß die Reichsregierung wie auch die Länderregierungen, samt den sozialdemokratischen, zur Beseitigung der Wohnungsnot der Proletarier so gut wie nichts tun. Und sie wollen auch nichts tun, sie wollen sie gar nicht bekämpfen. Die Bürgerblockregierung sagt es rund heraus. Sie wollen

Die reaktionäre Rolle der Sozialdemokratie in Indonesien

Von M. Wulfo.

In einer Kolonie wie Indonesien, in der die Arbeiter aller Rechte beraubt sind, ist die Stellung der Sozialdemokratie keine leichte. Sie predigen den Eingeborenen, sich unter ihrer Führung zu organisieren, weil dann Indonesien auf dem Wege friedlicher Entwicklung ohne barbarische Gewaltanwendung oder Blutvergießen nach einer gewissen Zeit seine Emanzipation von der holländischen Herrschaft erreichen würde. Die indonesische Sozialdemokratie, die eine halbe Regierungspartei ist, bediente sich dieser Phrasen gegen die revolutionäre Propaganda der Kommunisten.

Wo die Spannung zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapital durch die Kolonialverhältnisse noch verschärft wird, stellen sich die Sozialdemokraten vornehmlich auf die Seite der Unterdrückten. Als sie während des Aufstandes erkannten, daß die Arbeiter keinen Sieg erreichen würden, erklärten sie es für die Pflicht jedes anhänglichen Arbeiters, durch Untergrabung des kommunistischen Einflusses in der Arbeiterklasse die Regierung zu schützen. Die Kommunisten läßen es darauf an, das bestehende System zu zerstören und den Gesellschaftsvertrag zu brechen. Deshalb kämpfte die indonesische Sozialdemokratische Partei mit ihren Genossen in Holland zusammen gegen alles, was Indonesien von der holländischen Herrschaft befreien möchte.

Die indonesischen Sozialdemokraten sind vorwiegend Holländer, und zwar meistens hohe Regierungsbeamte oder gutbezahlte Angestellte der kapitalistischen Unternehmen. Nach dem Aufstand vom November 1926, der ein besonders aggressives Vorgehen der Regierung gegen alle Organisationen zur Folge hatte, die in irgendeiner Weise am Kampfe gegen die bestehende Herrschaft und gegen den Imperialismus beteiligt waren, sind die Sozialdemokraten ganz und gar auf die Seite der herrschenden Klasse übergegangen.

Von reaktionärer Seite wurde der Vorschlag gemacht, aus dem Staatsapparat alle Beamten zu entfernen, die sich sozialistische Tendenzen zuschulden kommen ließen, womit also nicht allein die Kommunisten, sondern auch die Sozialdemokraten als gefährlich bezeichnet wurden.

In der indonesischen Presse wurde eingehend die Frage diskutiert, ob die Sozialdemokraten den Kommunisten hierin gleichzustellen seien. Ein Teil der Presse äußerte, daß die Sozialdemokratie in Indonesien ebensoviel wie in den westlichen Ländern mit der herrschenden Klasse zusammenarbeiten kann, was auf die Kommunisten jedoch nicht zutrefte. Die sozialistische Zeitung „De Nieuws van den Dag“ vertritt den Standpunkt, daß die Sozialdemokraten gegebenenfalls ebenso gefährlich wie die Kommunisten sein können, weshalb dafür zu sorgen sei, daß nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Sozialdemokraten aus dem Staatsapparat entfernt werden.

Dies beunruhigte die indonesische Sozialdemokratie auf das Stärkste; man war äußerst bestürzt, denn die meisten Sozialdemokraten sind im Staatsdienst beschäftigt. Um eine solche Vertreibung der Sozialdemokraten aus den Staatsämtern zu verhindern, landete der Parteivorstand der indonesischen Sozialdemokratischen Partei ein Schreiben an den Gemeinderat der Stadt, Meester Cornelis, wo bereits ein Antrag auf Amtsenthebung aller Sozialdemokraten eingebracht war. In diesem Schreiben wurde ausgeführt, daß ein solches Vorgehen mit einer 1926 veröffentlichten Regierungsverordnung nicht übereinstimme.

nicht einmal ein Wohnungsprogramm aufstellen, dafür aber den Reiz des Mieterkampfes planmäßig befechtigen. Herr Brauns schreibt:

„Da die Entwicklung der Konjunktur nicht zu übersehen ist, empfiehlt es sich nicht, langfristige Bauprogramme aufzustellen.“

Herr Brauns erklärt nicht, ob und wieviel gebaut wird, das sei den Bankinstituten, den Bauunternehmern, den Baupetulanten zu überlassen.

Die Baulöwen mögen eben solche Mieten verlangen, so schlecht bauen, daß sie auf ihre Kosten kommen. Es müssen eben die Mieter noch schrecklicher haufen als jetzt, es müssen eben alle die proletarischen Ein- und Zweizimmerwohnungen (mit einem oder keinem heizbaren Zimmer) von einem halben Duzend oder einem vollen Duzend Personen bewohnt werden. Herr Brauns schreibt:

„Es werden die Ansprüche, die an eine neue Wohnung zu stellen sind, gegenüber der Vorkriegszeit um ein Maß gelockert werden müssen, das sich den gesteigerten Baukosten anpaßt.“

Für die „in der Vorkriegszeit so anpruchsvollen“ Proleten ist das die tröste Botschaft, daß die Tuberkulosesterblichkeit in den Arbeiterbezirken nicht wie bisher doppelt so hoch ist, als in den Bourgeoisbezirken, sondern dreimal so hoch sein soll.

Systematische Zugrunderichtung des Proletariats — das ist die Bekämpfung der Wohnungsnot durch die Bürgerblockregierung.

Sturz der Bürgerblockregierung und Eroberung der Macht — das muß die Antwort des Proletariats sein!

Wir geben hier einen Auszug aus diesem Brief, der am 20. August 1927 in der Zeitung „De Indische Courant“ veröffentlicht wurde:

„Das Exekutivkomitee der Sozialdemokratischen Partei Indonesiens hat von Ihrem Vorschlag Kenntnis erhalten, wonach alle Mitglieder der SPD Indonesiens und der KPD Indonesiens nicht im Staats- und Gemeinbedienst belassen werden können. Sollte dieser Vorschlag angenommen werden, so würden dadurch alle Sozialdemokraten, die Mitglieder der Staatsverwaltung sind oder Staatsämter einnehmen, ihrer Ämter entoben werden. Den Gründen und der Tendenz dieses Vorschlages liegt ein Mißverständnis hinsichtlich des Charakters der Sozialdemokratischen Partei zugrunde.“

Die Sozialdemokratie setzt durch ihre Teilnahme in den Parlamenten und anderen Organen in Indonesien, Holland usw., daß sie immer auf schöpferische Arbeit eingestellt ist. Die Teilnahme an der Regierung und anderen Institutionen in verschiedenen Ländern ist der Beweis für die Loyalität ihres Charakters. Daß dieser Charakter auch von der Regierung als solcher anerkannt wird, geht daraus hervor, daß sie diese zwei Sozialdemokraten zu Mitgliedern des „Volksraad“ ernannte. Die Absicht, die Sozialdemokraten aus dem holländischen und Regierungssystem zu entfernen, beruht auf einer falschen Auffassung von der Sozialdemokratie. Außerdem würde das in Widerspruch zu der von der indonesischen Regierung am 25. Mai 1926 unter Nr. 193 erlassenen Verordnung stehen...“

Dieses Dokument läßt deutlich erkennen, daß die Sozialdemokratie zu einem integrierenden Bestandteil der kapitalistischen Clique wird, wenn der Kampf zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapital seinen Höhepunkt erreicht. Glücklicherweise ist die Mehrheit der eingeborenen Arbeiter bereits zu der Erkenntnis gekommen, daß die Sozialdemokraten nur die Lakaien ihrer Auslager und nicht als Vorkämpfer sind.

Da die Führer der sozialdemokratischen Bewegung in Indonesien zur Klasse der Unterdrückten gehören, hat die Sozialdemokratische Partei nur unter der holländischen Bevölkerung Einfluß. Sogar die nationale Intelligenz und die Eingeborenen in hohen Staatsämtern sind gegen den Einfluß der gelben Sozialisten immun. Bis jetzt ist es der Sozialdemokratie nur gelungen, einen Teil der holländischen Post- und Eisenbahnarbeiter sowie einige hochbezahlte eingeborene Beamte an sich heranzuziehen. Die Führung der Gewerkschaften der holländischen Arbeiter durch die Sozialdemokraten hat deutlich gezeigt, daß diese willige und bewußte Diener der Imperialisten sind.

Im vergangenen September beschloß die „Volksraad“ mit der Abschaffung der „ererbten Rechte“ (besondere Bevollmächtigung des Generalgouverneurs, alle zu verbannen, die gefährlicher Umtriebe verdächtig sind). Mit Hilfe dieses Sondergesetzes wurden über 2000 Kommunisten und Gewerkschaftler in die entlegensten und ungesundesten Teile von Neu-Guinea verbannt. Die Sozialdemokraten erklärten, daß es gegenwärtig (und etwa für die nächsten zwanzig Jahre) angebracht sei, dieses Sonderrecht nicht abzuschaffen. Und das nicht nur, weil sie die Arbeiter zu täuschen wünschten, sondern auch weil sie wußten, daß es in Indonesien noch eine große Zahl von Kommunisten gibt, die zwar illegal arbeiten, deren Einfluß unter der Arbeiterklasse und den Bauern jedoch noch vorherrschend ist.

Französische Sozialdemokratie geht zum Bürgerium

Ein Aufruf der Zentrale der SPD.

Die kommunistische Partei Frankreichs wendet sich nach Beendigung des sozialdemokratischen Parteitages an die sozialdemokratischen Arbeiter mit einem Aufruf. Er stellt die Ablehnung des kommunistischen Einheitsvorschlages und den Weg der sozialdemokratischen Führerschaft zu Kompromissen und zur Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie fest. Sogar ihre bisherigen Parolen haben die sozialdemokratischen Führer aufgegeben. Forderten sie 1920 noch eine Kapitalabgabe, so haben sie jetzt auf diese Forderung verzichtet. Traten sie in Worten bisher für die Annulierung der Kriegsschulden ein, so wünschen sie heute die restlose Bezahlung der Reparationen durch die besiegten Länder. Mit dem Stillschweigen über das kapitalistische Aufbauprogramm des reformistischen Gewerkschaftsbundes hat der sozialdemokratische Kongreß dieses von Toincaré und den radikalen Bürgerlichen begrüßte Programm in Wirklichkeit angenommen. Der sozialdemokratische Kongreß fand nicht ein Wort des Protestes gegen die Rühnungspolitik. Er billigte den Versailler Vertrag mit allen seinen Konsequenzen, den die Sozialdemokraten früher zu bekämpfen vorgaben.

Nach Aufkündigung der Beschäfte, die den Arbeitern den imperialistisch-kapitalistischen Charakter der Politik der sozialdemokratischen Führerschaft beweisen, fordert die KP Frankreichs die sozialdemokratischen Arbeiter auf, mit ihr zusammen gegen die Bourgeoisie zu kämpfen und den Wahlkampf unter der Parole: „Gegen den Nationalstod und seine sozialdemokratischen Stützen, für den Arbeiter- und Bauernstod“, zu führen.

Die Pariser „Humanité“ stellt in einer zusammenfassenden Betrachtung des sozialdemokratischen Parteitages den vollen Sieg des autoritären Abfalls fest. Für die Einstellung dieser Rechten ist die Wahlpolitik bezeichnend, über die die „Humanité“ berichtet: „Nehmen wir einen Beitrag, sagten die Renaudisisten, wo keine reaktionäre Gefahr besteht. Daß die radikalen Bürgerlichen“ an der Spitze, Cahin (KPD) als zweiter und Blum (SPD) als Dritter. Ein Votum der Stimmen Blum-Cahin würde erlauben, Daubier durch Cahin schlagen zu lassen. Wollt ihr euch aber nun zugunsten Cahins gegen Daubier entscheiden? Nein! Wir sind für den demokratischen Stod mit den Wählern...“

Der Hundezüchter schreibt eine „Kritik“

Dr. Paul Levi schreibt in seiner Korrespondenz eine „Kritik“ über das Buch des Genossen Schapowalow: „Auf dem Wege zum Marxismus.“ Ueber diese geistlose Herunterreißerei legt er die Ueberschrift: „Lenins Raubbeute, die Gefangenen der heiligen Dogma.“ Die gesamte sogenannte Buchbesprechung ist nichts wie eine wüste Herunterreißerei der Arbeit eines alten Bolschewisten, der nicht, wie Paul Levi, bei den ersten Schwierigkeiten der Revolution ausrief, sich mit den erbärmlichsten Berrdären zusammenzufinden und dann, nachdem ihm der Parteivorstand den Maulkorb umgehängt, für die Hundezüchter über Raubbeute schreibt.

Anwürfe und Verunglimpfungen, das ist das Wesentlichste, was der Jüchter der Raubbeute gegen das Buch Schapowalows vorzubringen hat. Das Buch sei nur Zweckliteratur. Gebe es jemals ein politisches oder wissenschaftliches Buch, das nicht einen bestimmten Zweck verfolgte? Selbst Paul Levis Hundezüchter verfolgen doch den Zweck, das aristokratische Hundevieh zu fördern.

Lenin, so schreibt Levi, war kein genialer Forscher. Gewiß, uns ist noch nicht bekannt, daß Lenin über Raubbeute Forschungen angestellt. Wir aber kennen Lenin als den genialen Marxforscher, als den kühnen Führer des Proletariats, der den Arbeitern der Welt den Weg zur Befreiung zeigte, der in Rußland den Staat der Arbeiter und Bauern erstehen half, der die Welt der Kapitalisten erschütterte; während Paul Levi auf den Hund kam.

Daß seine Schüler das Feuer und auch den Willen eines Lenin haben, keiner hat behauptet, daß er den Meister schon erreichte, das zeigt, daß auch nach dem Tode von Lenin seine Schüler die Sowjetmacht weiter erhalten, weiter geführt und gebaut haben.

Paul Levi erklärt, dieses Buch zeige, wie die Seitenwandler des Bolschewismus in seinen pfäblichen Anhängern alle besten Rasseigenschaften verlieren, und intellektuell

„Nur noch zwei Gefühle beherrschen mein Tun und Denken: Hoß gegen die Unterdrückten, Liebe zu den unterdrückten Arbeitern und Bauern.“

Hieran knüpft Levi dann eine häßliche Kritik, alles werde einfach einfach und langweilig. Für Paul Levi und seine Gefinnungsgenossen sicherlich. Weber Paul Levi, nach seine Gefinnungsgenossen haben wohl niemals den Hoß gegen die Unterdrückten gefannt, der die Klassenkämpfer bewegte, auch wohl niemals die Liebe zu den Unterdrückten. Paul Levi kannte in der Zeit der schwersten Kämpfe des deutschen Proletariats viel mehr seine Gefühle für Bauern und Bosen. Paul Levi hat jetzt seine Gefühle für Raubbeute.

Was kann da für das Proletariat übrigbleiben? Wir sehen der häßlichen, von Hoß diktierten Besprechung des auf den Hund gekommenen Levi entgegen, was Maxim Gorki, der bekannteste russische Dichter, dem Verfasser geschrieben:

„... Ein gutes Buch, mit wertvollem Inhalt, einfach geschrieben. Wichtig und treffend wird der Lappus des russischen Arbeiterrevolutionärs gekennzeichnet. Von größtem Nutzen für die Jugend von heute, die durch Menschen, wie Sie, die weitgehendste Möglichkeit für den weiteren Kampf um Freiheit und Menschlichkeit erhalten hat... Ihr Buch enthält vieles, was für mich persönlich besonders angenehm und wertvoll ist — ich meine vor allem Ihr herzliches Verhältnis zum Menschen. Sie müssen das Buch fortsetzen. Solche Bücher tun not. Sie stellen unsere heldenhafte Geschichte dar und sind sehr geeignet, in der Jugend die Kampfbegeisterung großzuziehen.“

So schreibt der größte Dichter Rußlands, dem Paul Levi nicht das Wasser zu reichen vermag. Daß gerade die „linke“ Volkspolizei die Sabelst abdunkelt, kennzeichnet diese „Kritik“ zu denen sich Paul Levi mit Toni Sender als Meister rechnen.

Die Worte Maxim Gorkis zeigen die Vespredung Levis als einen schillernden Hahnenhals. Paul Levi versteht einen Haß, aber nicht gegen die Unterdrückten, sondern gegen die revolutionäre